

Bildung der Zukunft braucht auch ökonomische Forschung

Positionspapier der Österreichischen Forschungsgemeinschaft

Ausgangssituation

Während in anderen Ländern Bildungsökonominnen und -ökonomInnen selbstverständlich in bildungspolitische Entscheidungen eingebunden werden, gilt dies nur eingeschränkt für Österreich. Im internationalen Vergleich ist bildungsökonomische Forschung in Österreich unterentwickelt, und zwar sowohl von Seiten des Angebots als auch von Seiten der Nachfrage. Als Konsequenz fehlt es nicht nur an Wissen über die Effekte von Reformen, sondern auch an Transparenz über Geldströme im Bildungsbereich. Während die Kosten des Bildungssystems in Österreich im internationalen Vergleich relativ hoch sind, zeigen PISA und andere Large-Scale Studien immer wieder Kompetenzdefizite bei den Getesteten auf. Somit gibt es eine Kluft zwischen Input und Outcome und damit keine adäquate Verwendung der eingesetzten Steuermittel. Studien in anderen Ländern zeigen klar, dass Bildungserträge viel höher sind als Erträge am Kapitalmarkt; darüber hinaus führt Bildung auch zu besserer Gesundheit, geringerer Kriminalität, höherer politischer Partizipation und sozialem Aufstieg. Bildungsökonomische Analysen belegen auch für Hochschulen nicht nur individuelle Bildungsrendite für die Absolventinnen und Absolventen, sondern hohe gesamtgesellschaftliche Rendite. Ergebnisse aus anderen Ländern sind jedoch nicht eins-zu-eins übertragbar.

Das vorliegende Positionspapier formuliert Empfehlungen dazu, wie bildungsökonomisches Wissen für die Bildung der Zukunft genutzt werden kann. Die Empfehlungen richten sich insbesondere an die Politik, jedoch auch an Bildungsinstitutionen. Das Positionspapier basiert auf einem Workshop der ÖFG in Baden, April 2019, in dem die Relation von Bildung und Ökonomie wissenschaftlich aufgearbeitet wurde (die Beiträge finden sich unter

<https://www.oefg.at/oefentlichkeit/publikationen/online/hochschul-und-bildungspolitische-veranstaltungen/>). Wir danken den Referentinnen und Referenten für ihre Impulse.

Qualifikationen für die Zukunft

Bildungsökonomische Studien prognostizieren, dass Digitalisierung und Automatisierung Tätigkeiten und Jobs mit hoher Routine ersetzen werden, jedoch nicht Tätigkeiten, die Flexibilität, Abstraktionsvermögen und soziale oder kreative Intelligenz erfordern. Gemäß entsprechender Schätzungen werden dementsprechend viele „alte“ Arbeitsplätze wegfallen, jedoch auch viele „neue“ dazukommen. D.h. Arbeit wird nicht ausgehen, sich jedoch verändern, z.T. auch disruptiv.

Folgende Kompetenzen werden laut ökonomischer Studien in der Zukunft insbesondere benötigt werden:

- mathematisch-naturwissenschaftliche Basiskompetenzen; Lesen/Verstehen,
- soziale Kompetenzen,
- nicht-kognitive Kompetenzen wie Gewissenhaftigkeit und Entschlossenheit,
- transversale Kompetenzen wie Anpassungsfähigkeit, Kreativität, kritisches Denken, Problemlösen und Metakognition (OECD – 21 century skills)

Handlungsempfehlungen für die Bildungsinstitutionen

Schulen sind daher gefordert,

- Basiskompetenzen zu vermitteln,
- junge Menschen zum Wandel zu befähigen,
- Kompetenzen für Anpassungsfähigkeit zu fördern (Lernen lernen!),

- digitale Kompetenzen zu vermitteln (Digital Literacy; Digital Learning),
- präventive Maßnahmen zu setzen; z.B. ein evidenzbasiertes schulinternes „Frühwarnsystem“ inklusive entsprechender individueller Förderung.

Hochschulen sind gefordert, für die entsprechende Professionalisierung der Pädagoginnen und Pädagogen in Aus-, Weiter- und Fortbildung zu sorgen.

Darüber hinaus gilt es, das System dualer Berufsbildung zukunftsfähiger zu gestalten durch geringere frühe Spezialisierung.

Da das Bildungssystem (mit Blick auf die Hochschulen auch die Forschung) in einem Wettbewerb um Finanzierung und Ressourcen mit anderen Politikfeldern steht, der zunehmend härter wird, sind die Bildungsinstitutionen auch gefordert, sich zur Wirtschaft hin zu öffnen, z.B. in Form regionsspezifischer Zusammenarbeit von Schulen mit Wirtschaftsbetrieben oder in Modellen des private-public Partnership im Forschungsbereich (weitere entsprechende Empfehlungen für Hochschulen finden sich unter <http://www.oefg.at/wp-content/uploads/2016/10/Positionspapier-ÖFG-2017-Hochschullehre-in-Zeiten-der-Digitalisierung.pdf>).

Handlungsempfehlungen für die Bildungspolitik

Der Staat sollte

- eine bedarfsorientierte Finanzierung und Ressourcenzuteilung der Schulen (idealerweise bereits der Kindergärten) auf Basis eines „Chancen-Index“ sicherstellen, die den sozio-ökonomischen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler am jeweiligen Standort berücksichtigt,
- den Schulen die dafür notwendige Autonomie geben,
- schwache Schulen besonders unterstützen (ohne die Förderung hochbegabter Schülerinnen und Schüler zu vernachlässigen),
- in Weiterbildung und Lebenslanges Lernen investieren, und dabei die Stärken des dualen Systems auf die Weiterbildung übertragen,
- sowie eine breite Partizipation sicherstellen; denn gerade diejenigen Personen, die die höchste Wahrscheinlichkeit haben, dass ihre Jobs wegfallen, nehmen am wenigsten an Weiterbildung teil.
- Entsprechend sollten die Angebote zur Bildungs- und Berufsorientierung ausgebaut und gebündelt werden.

Die **Bildungspolitik ist zusätzlich gefordert**, eine anreizgesteuerte Politik umzusetzen (anstatt harter Regulierung), wobei es insbesondere wichtig ist, die vielfältigen ökonomischen Anreize (wie z.B. Bildungsgutscheine, Subventionen zu Ausbildungsaktivitäten durch Unternehmen, Output orientierte Bildungssteuerung) durch soziale (z.B. die Bildung von Netzwerken) und moralische (Appelle an das Gewissen) zu ergänzen. Dabei geht es z.B. um die Stärkung von Netzwerkstrukturen auf der Mesoebene (Wirtschaftsbetriebe, Bildungsinstitutionen), wodurch eine kurzfristige Nutzenmaximierung vermieden und eine tendenziell langfristige Orientierung der beteiligten Akteure erzielt werden kann.

Damit das in Bildung investierte Geld entsprechende Erträge liefern kann, bedarf es einer evidenzbasierten Bildungspolitik. Denn nicht jeder ausgegebene Euro ist gleich wirksam; vielmehr kommt es darauf an, wie er investiert wird. Somit ist es für Österreich wichtig, eine entsprechende bildungsökonomische Forschung, die mit anderen Disziplinen der Bildungsforschung kooperiert, zu fördern und Registerdaten für die Forschung zur Verfügung zu stellen.

Juni 2019

ÖSTERREICHISCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT
Univ.Prof. DDr. Christiane Spiel, Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats
Berggasse 25, 1092 Wien (oefg@oefg.at / www.oefg.at)